



3, DAMPFSCHIFFSTRASSE 2

Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Durchwahl

DVR: 0064025

Präsidium des
Nationalrates

Parlamentsgebäude
1010 W i e n

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl dieses Schreibens anführen.

Z1 3060-01/90

Entwurf eines Pflegeheim-
gesetzes;
Stellungnahme

Betrifft: GESETZENTWURF
Zu: 53. GEZ. 90
Datum: 25. SEP. 1990
Verteilt: 28. Sep. 1990 *Rau*

A. Jennis typ.

Der Rechnungshof beehrt sich, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem ihm mit Schreiben vom 7. August 1990, GZ 61 605/6-VI/C/16/90, vorgelegten Entwurf eines Pflegeheimgesetzes zu übermitteln.

Anlagen

21. September 1990

Der Präsident:

Broesigke

Für die Richtigkeit
der Aufzeichnung:

**RECHNUNGSHOF**

3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240

Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Klappe

Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a

DVR: 0064025

An das

Bundeskanzleramt
Sektion VIRadetzkystraße 2
1031 W i e nBitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

Zl 3060-01/90

Entwurf eines Pflegeheimge-
setzes;

Stellungnahme

Zu dem mit Schreiben vom 7. August 1990, GZ 61 605/6-VI/C/16/90, übermittelten Entwurf eines Pflegeheimgesetzes nimmt der RH wie folgt Stellung:

Angesichts weiterer "Lainzer Ereignisse" sollte nach Ansicht des RH eine Regelung der Verwahrung und Verwaltung von Vermögenswerten von nicht oder nur beschränkt handlungsfähigen Pfleglingen in den Entwurf aufgenommen werden. Diese sollten sich nicht nur auf die in treuhändige Verwahrung übergebenen Depositen und Effekten, sondern vor allem auch auf die Bevollmächtigungsproblematik zum Schutz der Interessen der Pfleglinge erstrecken. Dabei wäre sowohl beim Akt der Bevollmächtigung selbst, als auch bei der Abwicklung der vermögensrechtlichen Angelegenheiten der Pfleglinge das "Vier-Augen-Prinzip" sicherzustellen. Ungeachtet des dringenden Bedarfs der im Entwurf vorgesehenen Regelungen sollte hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen dieser Regelungen der Vorschrift des § 14 BGH Rechnung getragen werden, auch wenn Kostensteigerungen nur schwer abschätzbar sind. Gem Abs 3 dieser Gesetzesstelle wären auch jene Mehrausgaben anzugeben, die durch den Gesetzesentwurf einer am Finanzausgleich beteiligten "anderen" Gebietskörperschaft erwachsen. Dies trifft gerade bei öffentlichen Pflegeheimträgern zu. Auch wenn diese Gebietskörperschaften je nach dem Ausmaß, mit dem den im Entwurf festgelegten Mindestanforderungen Rechnung getragen sein sollte, in unterschiedlichem Ausmaß

- 2 -

finanziell betroffen sind, sollten die Urheber des Gesetzesentwurfs doch in der Lage sein, in einer Art Modellrechnung, die Kosten jener Mindestanforderungen anzugeben, die den Anliegen des Entwurfs gerecht werden.

Von dieser Stellungnahme wird das Präsidium des Nationalrates
ue unterrichtet.

21. September 1990

Der Präsident:

Broesigke

Für die Richtigken
der Abfertigung: